

Kosovo: Länderbericht 2016

Nach den vorgezogenen Wahlen soll im Juni im Europäischen Parlament über eine EntschlieÙung zum Kosovo-Bericht 2016 abgestimmt werden. Darin wird eine Wiederaufnahme des politischen Dialogs, die rasche Erfüllung der beiden Bedingungen der Kommission für eine Visaliberalisierung und ein anhaltendes Engagement für den Dialog mit Belgrad gefordert.

Hintergrund

Das Kosovo hat im Jahr 2008 seine Unabhängigkeit erklärt, die von [fünf EU-Mitgliedstaaten](#) nicht anerkannt wird. Die Bemühungen des Kosovo um einen EU-Beitritt sind an eine [Normalisierung der Beziehungen](#) zu Serbien und die Umsetzung der Vereinbarungen geknüpft, die im Rahmen des von der EU moderierten [Dialogs auf hoher Ebene](#) erzielt wurden. Trotz gewisser Fortschritte sind die Beziehungen zwischen beiden Ländern nach wie vor angespannt, und in einer [unverbindlichen EntschlieÙung](#) des Parlaments des Kosovo wurde unlängst eine Aussetzung des Dialogs gefordert. Als positiv zu vermerken ist, dass im Jahr 2016 das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Kosovo [in Kraft getreten](#) ist und dass die Kommission vorgeschlagen hat, dem Kosovo visumfreien Reiseverkehr zu gewähren, sofern die Vereinbarung über den Grenzverlauf mit Montenegro (ungeachtet der [Behauptungen](#), wonach sie zu einem Landverlust führe) [unterzeichnet](#) wird und sich die Bilanz des Landes in Bezug auf Fälle von Korruption auf hoher Ebene verbessert. Im Jahr 2017 setzten sich die politischen Turbulenzen fort; so [forderte](#) der Präsident ungeachtet internationaler [Bedenken](#), die Umwandlung der kosovarischen Sicherheitskräfte in eine Armee, und ein [Misstrauensvotum](#) führte zu Neuwahlen, die im Juni stattfinden und von der [EU-Mission](#) unter Leitung von Alojz Peterle (EVP, Slowenien) beobachtet werden sollen.

Bericht der Kommission für 2016

In dem [Bericht für 2016](#) wird auf die Polarisierung im Innern und die gewaltsame Störung der parlamentarischen Tätigkeit Anfang 2016 hingewiesen und die Wiederaufnahme eines konstruktiven Dialogs gefordert. Darin wird [positiv vermerkt](#), dass [Sondertribunale und eine Sonderstaatsanwaltschaft](#) eingerichtet wurden, die Ermittlungen hinsichtlich mutmaßlicher Straftaten gegen das Völkerrecht in Verbindung mit dem Konflikt von 1999 durchführen sollen, und dass das [Mandat von EULEX](#) bis Mitte 2018 verlängert wurde. Des Weiteren wird auf gute Fortschritte in wichtigen Bereich wie der Reform der öffentlichen Verwaltung verwiesen, in deren Zuge eine Strategie für die Verwaltung der öffentlichen Finanzen und ein Gesetz für allgemeine Verwaltungsverfahren eingeführt wurden. Die anhaltende politische Einflussnahme auf die öffentliche Verwaltung gibt jedoch nach wie vor Anlass zur Sorge. Bei der Justizreform wurden Fortschritte erzielt, indem Verfassungsänderungen und einschlägige abgeleitete Rechtsakte angenommen wurden. Die Justiz ist aber nach wie vor anfällig für politische Einflussnahme, und die Rechtspflege ist ineffizient. Was die Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität anbelangt, so müssen immer noch Gesetzeslücken geschlossen und Mängel bei der Durchsetzung behoben sowie die Bilanz diesbezüglich verbessert werden. Es gibt beunruhigende Entwicklungen und keine Fortschritte im Bereich der freien Meinungsäußerung. Politischer Druck, unzureichende Rechtsvorschriften und die Bedrohung von Journalisten geben nach wie vor Anlass zur Sorge. Wirtschaftlich gesehen befindet sich das Kosovo in einer frühen Vorbereitungsphase, und trotz einiger Fortschritte könnten sich die haushaltspolitisch nicht tragfähigen Entscheidungen im Zusammenhang mit Leistungen für Kriegsveteranen negativ auf die makroökonomische Stabilität des Kosovo auswirken.

Stand der grundlegenden Themen, EPRS, 2017.

	Fortschritte	Vorbereitungen
Justiz	gute	anfängliche
Korruption	geringe/ gute	anfängliche
organisierte Kriminalität	gute	anfängliche
Meinungsfreiheit	keine	geringe
Reform der öffentlichen Verwaltung	geringe	geringe
wirtschaftliche Kriterien	geringe	anfängliche

Auf der Grundlage von: [Europäische Kommission](#), 2016.



Standpunkt des Europäischen Parlaments

In seinem Entschließungsantrag zu dem Bericht für 2016 begrüßt der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP (AFET) das Inkrafttreten des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens und die Einführung einer damit zusammenhängenden [Europäischen Reformagenda](#). Der AFET-Ausschuss fordert einen politischen Willen zur Umsetzung des vereinbarten Fahrplans, verweist gleichzeitig auf die anhaltende politische Polarisierung und beklagt die gewaltsame Störung der parlamentarischen Tätigkeit im Jahr 2016. Er legt den fünf Mitgliedstaaten, die das Kosovo nicht anerkannt haben, nahe, dies zu tun, und unterstützt die Bemühungen des Kosovo um eine Integration in die internationale Gemeinschaft. Der AFET-Ausschuss begrüßt den Vorschlag der Kommission für eine Visaliberalisierung nach der Erfüllung aller Kriterien und weist darauf hin, dass Fortschritte beim Dialog mit Serbien eine Voraussetzung für die Bemühungen beider Länder um einen EU-Beitritt sind, weshalb ein anhaltendes entsprechendes Engagement erforderlich ist. Der Ausschuss begrüßt die Einrichtung der Sondertribunale und der Sonderstaatsanwaltschaft in Den Haag. Der AFET-Ausschuss beklagt die politische Einflussnahme auf die öffentliche Verwaltung und fordert, dass man sich auf die Behebung der Mängel in der Justiz, beim Schutz der freien Meinungsäußerung und bei der Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität konzentriert.

Initiativbericht [2016/2314\(INI\)](#); Federführender Ausschuss: AFET; Berichterstatte(r)in: Ulrike Lunacek (Verts/ALE, Österreich).